

gefordert sei. Diese Verantwortung verspüre er besonders. Kein Bundeskanzler sei bisher in einer Lage gewesen, die soviel Verantwortungsgefühl erfordert habe wie die jetzige. Er empfinde es als ausgesprochen glückliche Fügung, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sich so gut entwickelt hätten wie jetzt, und insbesondere auch, daß die Beziehungen zwischen Gorbatschow und ihm selbst so gut seien. Er wolle sagen, daß man diese Beziehungen noch weiterentwickeln könne und er dazu bereit sei. Er wisse, daß die persönlichen Beziehungen kein Problem lösen, die Lösung jedoch erleichtern könnten. Zur Beurteilung der Lage in der DDR wolle er noch bemerken, daß er das Hauptproblem im psychologischen Bereich sehe. Honecker habe bis zuletzt jede Reform verweigert, und deshalb stehe seine Mannschaft nun unter ungeheurem Zeitdruck. Das sei ein großes Problem. Gorbatschow habe recht, wenn er sage, daß die Entwicklung Zeit brauche. Das Problem sei jedoch, daß man den Menschen in der DDR dies klarmachen müsse. Präsident Gorbatschow gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gründlichkeit der Deutschen, die ja in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sei, die Lösung dieses Problems ermöglichen werde. Die Fragen müßten alle eingehend durchgearbeitet werden, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Gorbatschow wünscht dem Bundeskanzler Erfolg bei der Fortsetzung seines Besuches in Polen. Er hoffe, daß, falls die Situation dies erfordere, eine Möglichkeit gefunden werde, um sofort in Kontakt zu kommen.

Der Bundeskanzler stimmt zu und fügt hinzu, daß er noch lieber mit Gorbatschow ohne dramatische Akzente spreche.

Präsident Gorbatschow teilt diese Auffassung und äußert abschließend nochmals, daß es wichtig sei, umsichtig zu handeln.

Der Bundeskanzler bittet Präsident Gorbatschow, seine Frau zu grüßen. Präsident Gorbatschow bedankt sich und läßt zurückgrüßen.

Das Gespräch endete nach ca. 30 Minuten.

Nr. 88

Fernschreiben des Staatssekretärs Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes Berlin (Ost), 11. November 1989

BArch, B 136/20489, 222 – 35010 Re 3 Bd. 8. – FS StäV Nr. 2539, 12.05 Uhr. Verteiler: ChBK, MDg Duisberg, Gruppe 22; BMB, St Priesnitz, AL II; Bundeshaus Berlin, MR Plewa; Info: BMI; BMV; Bonn AA, Ref. 210, auch für Botschaften Prag, Budapest, Moskau; LV Berlin. Mit Stempel: 021014, BK-Amt, FS-Zentrale, 11. November 1989, 14.32 Uhr.

Betr.: Reiseregulation in der DDR

Verfasser: Hösch

Die von Politbüromitglied Schabowski am Abend des 9.11.89 überraschend angekündigte weitgehende Freigabe von Besuchsreisen und Übersiedlungen aus der DDR¹ kann als Signal nach innen und außen zu verstehen sein.

1 Schabowski, für Informationswesen und Medienpolitik zuständiger Sekretär des Zentralkomitees, antwortete am 9. November 1989 abends im Konferenzsaal des Internationalen Pressezentrum in Berlin (Ost) auf Frage des Journalisten Riccardo Ehrman von der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, ob der vor wenigen Tagen vorgestellte Reise-gesetzesentwurf nicht ein großer Fehler sei, es sei heute – soviel er wisse – „eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen“ worden, wonach man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus über die ständige Ausreise herausnehme und in Kraft treten lasse. Man halte es für einen unmöglichen Zustand, daß sich die Ausreise über einen befreundeten Staat vollziehe. Deshalb „haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen“. Auf die Frage, wann das in Kraft trete, verlas Schabowski gegen 18.57 Uhr die vier Punkte der neuen Reiseregulation (Nr. 78A) nach der Mitteilung, die seiner Information nach

Gegenüber der eigenen Bevölkerung soll der ungünstige Eindruck des Entwurfs eines neuen Reisegesetzes² neutralisiert und um Vertrauen in die „Politik der Erneuerung“ geworben werden. Der dramatische Charakter dieser Maßnahme in einem emotional besonders stark besetzten Bereich dürfte seinen Eindruck auf die Bevölkerung nicht verfehlen.

Aber auch eine andere Version ist möglich und nicht unwahrscheinlich, die Aktion war so nicht geplant. Aus dem MfAA höre ich, daß geplant war, daß bis zum Inkrafttreten des (Aus-)Reisegesetzes Genehmigungen dieser Absicht zur Ausreise schnell erteilt werden sollten. Die öffentliche Ankündigung dieser Absicht durch Schabowski sei mißverständlich gewesen. Als er auf Frage noch ergänzt habe, diese Regelung trete sofort in Kraft, sei an den einzelnen Übergangsstellen unterschiedlich verfahren worden. Die Grenzsicherungskräfte hatten offenbar keine einheitlichen Weisungen, so daß es zu erheblichen Unterschieden in der Handhabung an den einzelnen Übergangsstellen kam. Als der Zustrom von Besuchern, die sich spontan auf den Weg gemacht hatten, am Übergang Bornholmer Straße schon anstandslos die Grenze passieren konnte, wurden am Übergang Invalidenstraße Besucher noch zurückgeschickt und auf den nächsten Morgen vertröstet. Grenzsoldaten am Übergang Bornholmer Straße, die sich freundlich und gesprächsbereit in der Menge bewegten, äußerten, sie hätten gegen 21.00 Uhr Weisung erhalten, „keinen Widerstand zu leisten“. Das Innenministerium der DDR soll auf Anfragen geantwortet haben, die Öffnung der Übergänge sei erfolgt, um „Konfrontationen vorzubeugen“.

Die überwiegend formlose Handhabung an den innerberliner Grenzübergangsstellen (Ausreise unkontrolliert bzw. unter Vorzeigen des Personalausweises), die teilweise noch am 10. 11. fortgesetzt wurde, dürfte nicht von Dauer sein. Die Abfertigungspraxis wird vermutlich schrittweise auf den Stand der „Übergangsregelung“, die der Ministerrat der DDR am 9. 11. beschlossen hat, gebracht werden. Diese sieht generell kurzfristig zu erteilende Genehmigungen vor, kennt aber auch Versagungsgründe „in besonderen Ausnahmefällen“. In großem Umfang werden schon jetzt für Besuchsreisen Visa zur mehrfachen Ein- und Ausreise erteilt, die 6 Monate gültig sind.

Die in der Übergangsregelung enthaltenen weitgehenden Erleichterungen dürften innenpolitisch kaum noch rücknehmbar sein. Eine gesetzliche Regelung im Stile des Entwurfs vom 2. 11. 1989 wird es mit Sicherheit nicht geben. Ob und ggf. wie die nunmehr eingeräumte Praxis noch gesetzlich festgeschrieben wird, bleibt abzuwarten. Da sich die Führung auf eine

„heute schon verbreitet“ worden sei. Die „Paßfrage“ könne er „jetzt nicht beantworten“, auch sei dies „eine technische Frage“. Sodann antwortete er auf die Wiederholung der Frage nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Zu der Frage, ob das auch für Berlin (West) gelte, las Schabowski weiter ab: „Wie die Presseabteilung des Ministeriums ... hat der Ministerrat beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird“, und ergänzte dann: „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“ Zu der Frage der Ausreise über Polen und die ČSSR wollte Schabowski sich nur „vorsichtig“ äußern, da er „kurz, bevor“ er „rüber kam, diese Information in die Hand gedrückt bekam“. Zu der Frage, was mit der Berliner Mauer jetzt geschehe, bemerkte Schabowski, „die Frage des Reisens, die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn, also dieser, ich sag's mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR“ (Fernsehaufzeichnung „Aktuelle Kamera“, 9. November 1989, Pressekonferenz mit Günter Schabowski zum Verlauf der 10. Tagung des ZK der SED mit Aussage zur Grenzöffnung, in: Deutsches Rundfunkarchiv, Fernseharchiv, Berlin, IDNR: 45440, T-MAZ Lagernummer VBA 60923, Timecode 17.54.58–19.06.05; eine vom Verfasser angefertigte Niederschrift einer Bildaufzeichnung der Pressekonferenz in: Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. 2. Aufl. Berlin 1996, 142–147, hier 145f.). Ursprünglich war geplant, die Neuregelung in einer Pressemitteilung am 10. November zu veröffentlichen (Auszug aus einer Tonaufzeichnung der Sitzung des Zentralkomitees am 9. November 1989 nachmittags, ebd., 130–133, insbes. 131).

2 Der vom Ministerrat der DDR am 2. November 1989 bestätigte Entwurf des neuen Reisegesetzes (Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland) wurde am 6. November veröffentlicht, verbunden mit der Aufforderung an die Bürger, „Vorschläge und Meinungen“ an den Ministerrat zu richten (Neues Deutschland. 44. Jg. Nr. 261. 6. November 1989, 1).

gesetzliche Regelung wiederholt festgelegt hat und auch die Übergangsregelung eine solche ausdrücklich vorbehält, ist damit zu rechnen, daß auf der Grundlage der Übergangsregelung ein neuer Gesetzentwurf erarbeitet wird, der sich vom früheren Entwurf fundamental unterscheidet. Eine Neuregelung kann sich aber von der jetzigen Praxis schon wegen der psychologischen Wirkung kaum unterscheiden.

Berichte und Kommentare in der westlichen Presse, die bereits die Mauer funktionslos und die Grenzen offen sehen wollen, gehen an den Tatsachen vorbei. Trotz einer gewissen Lokkerung der Kontrollverfahren bei Transits und Einreisen, von der Reisende berichten, bestehen die Einschränkungen und Behinderungen für Reisen in der DDR unverändert fort. Darauf haben auch in der vergangenen Nacht Offiziere der Grenztruppen an den Übergängen auf Fragen ausdrücklich hingewiesen.

Bertele

Nr. 89 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Jaruzelski Warschau, 12. November 1989

BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS) Bd. 79, Bl. 174–190. – Vermerk des VLR I Kaestner, 16. November 1989. – Mit Vorlage des MD Teltschik über Chef BK an den Bundeskanzler, 17. November 1989 (BK, 213 – 30104 P 4 Po 28, BK in Polen, 9.–14. 11. 1989, Bd. 5): „Hiermit lege ich Ihnen einen Vermerk über das o.a. Gespräch mit der Bitte um – Genehmigung – vor. Gleichzeitig erbitte ich Ihre – Zustimmung –, daß Herr Bundesminister Genscher zur persönlichen Unterrichtung Doppel dieses Vermerks erhält.“ Abgezeichnet: „i.O. K[ohl]“, zur Weitergabe an BM Genscher hs. vermerkt: „Ja“. – Gesprächsdauer: 19.00 bis 22.30 Uhr.

Staatspräsident **Jaruzelski** (J.) begrüßt den Bundeskanzler.

Der **Bundeskanzler** (BK) dankt für das Verständnis, das der Staatspräsident durch Verschiebung dieser Begegnung bewiesen habe.

Der **BK** gibt sodann seine Eindrücke von dem Versöhnungsgottesdienst in Kreisau wieder: Dieser habe – wie er aus ersten Reaktionen wisse – in der Bundesrepublik Deutschland ganz große Wirkung entfaltet. Der Gottesdienst sei keine Sache von Verstand, Politik und Diplomatie, sondern eine Sache des Herzens gewesen. Was die Dinge des Verstandes betreffe, so sei man ein großes Stück vorangekommen, nun gelte es, die Herzen zu mobilisieren.

Für ihn persönlich gehöre der Vormittag in Kreisau zu den Stunden, die sich dauerhaft einprägten.

Staatspräsident **J.** erwidert, er habe die Fernsehübertragung gesehen, der Gottesdienst sei wirklich sehr ausdrucksvoll gewesen. Er könne die Empfindungen des Bundeskanzlers nachfühlen.

Er wolle erneut die Freude zum Ausdruck bringen, gerade jetzt mit dem Bundeskanzler zu sprechen – zuletzt habe man sich ja bei Beerdigungen gesehen. Heute gebe es eine Geburt! Der **BK** pflichtet bei. Er übermittelt Grüße von Generalsekretär Gorbatschow, mit dem er gestern ein langes Telefongespräch wegen der Lage in der DDR geführt habe.¹

Staatspräsident **J.** berichtet, auch er habe mit Generalsekretär Gorbatschow telefoniert, der ihn unterrichtet habe, daß er dem Bundeskanzler eine Botschaft geschickt habe.²

1 Nr. 87.

2 Nr. 80.